



HESSISCHER LANDTAG

13. 02. 2013

Dem
Ausschuss für Wissenschaft und Kunst
überwiesen

Dringlicher Berichtsantrag des Abg. Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Fraktion

betreffend Ausbau der Studienplätze im Rahmen des Hochschulpaktes 2020

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst über folgenden Gegenstand zu berichten:

Vorbemerkung: Im Hochschulpakt 2020 haben sich die Länder verpflichtet, ein bedarfsgerechtes Studienangebot für zusätzliche Studienanfänger zu schaffen. Im beschlossenen Landeshaushaltsplan 2013/2014 sind Mittel hierfür veranschlagt. Im Haushalt ist auch vermerkt, dass Hessen sich verpflichtet hat, in den Jahren 2011 bis 2015 insgesamt 22.705 zusätzliche Studienanfänger (Referenz 2005) aufzunehmen. Die KMK rechnet jedoch mit höheren Zuwächsen: Für den angegebenen Zeitraum würden demnach mehr als 50.000 Studierende mehr als noch 2005 an die hessischen Hochschulen strömen.

Problematisch für die Hochschulen und für eine verlässliche Hochschulpolitik ist die kurze Laufzeit des Hochschulpaktes, die nicht berücksichtigt, dass die Studierendenzahlen dauerhaft hoch bleiben werden. In einer Pressekonferenz im Hessischen Landtag am 28.01.2013 kritisierten die Präsidenten der Hessischen Universitäten daher auch die kurze Laufzeit des Hochschulpaktes 2020 und forderten das Land auf, langfristig Mittel für Studierendenaufwuchs zur Verfügung zu stellen.

In der Antwort auf eine Kleine Anfrage von November 2012 (Drucks. 18/6289) war es der Wissenschaftsministerin noch nicht möglich Aussagen darüber zu treffen, an welchen Hochschulen diese zusätzlichen Studienplätze in welchem Umfang geschaffen werden sollen. Sie sagte weiter, die Hochschulen seien aufgefordert worden Konzepte vorzulegen, damit zwischen den Hochschulen und dem Land Zielvereinbarungen getroffen werden könnten. Das Ministerium befände sich in Gesprächen.

1. Wurden die Gespräche zwischen den hessischen Hochschulen und dem Land mittlerweile beendet?
Mit wem wurden in welchen Zeitraum Gespräche mit welchen Ergebnissen geführt?
2. Wurden als Ergebnis Zielvereinbarungen vereinbart?
Welche Zielzahlen wurden dabei mit den Hochschulen im Einzelnen vereinbart und welche Zuweisungsbeträge wurden festgelegt?
3. In der Kleinen Anfrage (Drucks. 18/6289) sagte die Ministerin, dass die den Hochschulen vorgeschlagenen erhöhten Aufwuchszahlen gegenüber der ersten Phase des HSP 2020 einen "größeren Anteil für die staatlichen Fachhochschulen" vorsehen. Wie äußert sich das in Zahlen? Wie viele zusätzliche Plätze sollen an Fachhochschulen und wie viele an Universitäten geschaffen werden?
4. Die Konzepte für den Ausbau des Studienangebots für zusätzliche Studienanfänger sollen bereits 2013 greifen. Warum waren Ende 2012 die Konzepte und Zielzahlen noch nicht vereinbart?
Welche Gründe gab es für die Verzögerung?

5. Welche Maßnahmen unternimmt die Landesregierung, um den Hochschulen eine langfristige Förderperspektive für den Studierenden-
aufwuchs zu gewährleisten?

Wiesbaden, 12. Februar 2013

Der Fraktionsvorsitzende:
Tarek Al-Wazir

Daniel May